

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonntag. — Bezugspreis: 30 Goldpfennig monatlich postfrei. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Briefträger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — Einzelne Hefen 6 Pfennig. — Einrückungspreise sind nach Vereinbarung.

Anzeigenpreis: Für die schmalste Spalte 10 Goldpfennig. — Inserate im Rahmen 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Verleger: Dr. 1277.

Nummer 3

Halle (S.), 16. Januar 1926

2. Jahrgang

Wochenschau.

Das rote Rein — Schneeschmelze der Großen Koalition — Die Pflicht der Andern — Verpödetes Frühlingserwachen in der deutschen Wirtschaft — Der garnicht arbeitslose Finanzminister — Von Luther in Krise und Kreise — Blutige Abfuhr für Herrn Hugenberg — Der Geschmack des Herrn Dr. Everling — Liebe der freien Frau in Mecklenburg-Strelitz h.

Man spricht vergebens viel, um zu versagen, Der andere hört von allem nur das Nein.

Die Sozialdemokratie bemüht sich unter Aufgebot ihrer ganzen propagandistischen Fähigkeiten, ihren abblehenderen Befehl gegen die große Koalition der Mitte und Nachwelt begründlich zu machen. Vergebene Liebesmüh! Auch wenn man ihre missliche Lage voll in Rechnung stellt und das Abwandern von Massen zu den Kommunisten im Bürgerlichen Lager nicht gerade wohlgefällig betrachtet. Verantwortungslos ist nicht gerade wohlgefällig betrachtet. Ein Vermögen soll das Regiment in sich nicht einbringen. Wer sich in die Breite wirft, kämpft in anderen Kreisen nicht nur gegen die vor ihm stehenden, sondern muß sich auf Steinwürfe im Rücken gefaßt machen. Das ist nicht anders, und man sieht nicht recht ein, warum die Sozialdemokraten es besser haben soll als andere. Demokraten und Sozialisten haben ihre Mitarbeit am Staat mit Verursachen an Mandaten bezahlen müssen. Wie recht und billig. Denn wozu verzögern sie auch auf billige Demagogie und machen es nicht wie die radikalen zur Rechten und Linken. In jeder Volksversammlung ergibt man seinen Erfolg nicht durch nüchterne Sachlichkeit, sondern durch kräftiges Schimpfen. Das wußten auch unsere Deutschnationalen, als sie aus der Regierung wieder hinausmarfchten. Herr Berg, der halbe Luther, kann das Banner nur in Händen halten ohne zu titieren, wenn er durch seine Verantwortung niedergebückt wird.

Die Sozialdemokraten haben sich also versagt, obwohl die Einladungen immer dringender wurden. Koch und Lehrenbach redeten mit Engelszungen, aber sie hatten die Liebe nicht. Altes schon, nur nicht passiv, und so jerrann der Gedanke der großen Koalition wie eine Jata Morana. Nicht einmal leuchtend ging er wieder und wir wußten, daß nun sich auch nicht der zweite Teil des Dichtermotors erfüllt, wonach er wenigstens noch lange zurücktritt. Der Gedanke liegt vorläufig in den Alten bestirnt. Mann er seine fröhliche Auflebung feiert, ist in Rate der Güter noch nicht beschloßen. Vorläufig müssen die anderen die Zeit gedoppelt auf ihre Schulter neigen. Und sie werden es, obwohl ihnen kein Lohn winkt. Der Trost liegt in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, ist freilich noch auf sich warten lassen wird. Vorläufig ebenfalls ist von Frühlingserwachen in deutscher Wirtschaft noch herzlich wenig zu hören. Die bittere Rülpe hat es ersten vorzüglich feimenden Blüten erstickt. Aberdies Millionen Arbeitslose haben nachgedacht und fordernd an die Türen der Finanzminister. Tu Geld in deinen Beutel. Schon Shakespeare. Die Voraussetzung aber ist, daß dieses Geld irgendwo auffindbar liegt. Der neue Finanzminister, dessen Namen noch in den intellektuellen Säckchen erzeichnet steht, wird die Mühselrute in Bewegung setzen müssen. Die Frage der Erwerbslosen ist der Prüfstein seiner Beglaubigung.

Der neue Finanzminister fehlt noch zur Stunde. Identisch fehlen noch alle, die das Rabinnat zu führen haben. Aber die Anwärter stehen bereit und die Namen rufen von Mund zu Munde. Luther hat sein Spiel genügend gewonnen. Behaglich zurückgelehnt sah er den Behaglichen der Andern zu, seine Miene verriet, wie er rüber dachte, und nur unvorsichtige Neugierigen von seiner Seite — Seite ist eigentlich nicht das richtige Wort — geben uns davon Kunde. Eiderlich hat auch keine Handrede seine Güte entstellt. Der Kanzler des alten Reichs ist auch der des neuen, und mit ihm bleiben so alle, die wir schon lange an ihren Plätzen begrüßen dürfen. Der Verbrauch an Reichsmünzen nimmt erfreulicherweise ab und allen denen, die das neue System als mildererreichend schätzten, sollten einmal in den Erinnerungen der Bismarckfreunde nachsehen, wie damals die Träne der Macht gleich Säusangestellen fröhlich entlassen werden. Für die wilschinnliche Vera aber hat Eugen aber einmal treffend gesagt: Minister sind wie die Blut in auf dem Felde, ein Wind geht über sie hin und sie d nicht wahr, oder sie müssen Derraffen werden. Jeder werden Volkspartei und Demokraten nach den Ermessen einander nähergezogen. Beide sind Kinder deutschen Liberalismus, und es gehört ja zu dieser

größten geistigen Bewegung die unser Volk kennt, daß man die Kräfte nutzlos gegeneinander verschwendet. Nun stehen sie wieder in Reih und Glied. Auf wie lange, ist Sachfrage. Getrennt werden sie nicht durch sachliche, sondern durch taktische Erregungen, aber die Zeit ist auch härter als jeder Operationsplan. Ihre Front ist jetzt die gleiche. Nach Irrungen und Wirrungen. Kampf gegen die äußerste Linke, aber auch gegen die Rechte. Erstreckt war die blutige Abfuhr, die sich der deutschnationale Abgeordnete und Verleger, Dr. Hugenberg holte, als er in seinem Berliner Lokalangebot den Volksparteilern den lebenswürdigen Rat gab, den 777 Streikern über Bord zu werfen und dann die deutschnationale Frage zu lösen. Der Deutsche Zeitungsdienst verlor etwas hohofast den ehemaligen Kruppdirektor mit Herrn von Hoffstein, den Mann im Dunkel. Auch uns ist lieber, wenn er mit offener Wut kämpft, wie er es hier getan hat. Sympathien erwirbt er allerdings so und so nicht. An Schroffheit und Kaltschnauzigkeit übertrifft er jeden geborenen Land- und Krautjunker.

Herr Hugenberg täte besser, für die Verschmelzung der Deutschnationalen einzutreten, denn die Risse werden unheilbar. Einige von seinen Parteifreunden haben den völkischen Aufruf nicht unterzeichnet. Sage mir mit wem du umgehst und ich werde dir sagen wer du bist! Die Parteileitung aber schweigt in einer Duldankheit, die ist immer ihre Stärke gewesen ist. Niemand verlangt, daß man das Fallende noch stoßen sollte, sie aber binden die

Worte fliegen Geschriebenes bleibt!

vermorsten Aeste mit Draht an den Stamm. Halte was halten mag, bis Koch auch diese Stützungssaktion zertritt. Rühli und gelassen sehen wir dem Treiben zu. Die Entwicklung dürfte auch härter sein als die Herren Wefary und Hergt. Ein buntes Gemisch fand sich unter dieser Frage zusammen. Gesellschaftlich und politisch aus den verschiedenen Bestandteilen zusammengerührt. Eine Klärung wird früher oder später kommen. Wir haben kein Interesse hier zu beschleunigen. Die deutschnationale Partei ist eine Notwendigkeit, denn wer sollte sonst den Kampf gegen die Korruption führen.

Korruption? In der Tat sie führen ihn mannhaft. Allerdings mit einigen Ausnahmen. Was links von ihnen gefehlt, erregt immer ihre freudigste Anteilnahme. Pflui wie schon. Geradezu Zuhelbstime brechen aus, wenn sie wieder einen armen Sünder erndekt haben. Jumeist ist es gar keiner, aber er ist in einem Prozeß gereinigt hat, ist seine Charakteristik durch die schwergeindustrialisierte Presse in die entlegenden Hüften verbreitet worden. Sittliche Entrüstung hallt dann von den Alpen bis an die Küsten der Nordsee. Aber Entrüstung ist schließlich kein Brummen der unersehbarer Heiligkeit. Er erschöpft sich mit geradezu bewundernswürdiger Mühseligkeit, wenn es sich um Dinge in eigenen Lager handelt. Im Rechtsausgleich des Reichstages entpuppte sich der deutschnationale Abgeordnete Dr. Everling, der die Sache des deutschen Volkes gegen die Fürsten führte, zugleich als der wohlbestallte Anwalt des Herzogs von Altenburg. Er nach dem Temperament wurde das von den übrigen Parteien überzertifiziert, und selbst der vorzüglichste Volksparteiler Dr. Wunderlich meinte, das sei eine Takt- und Geschmacksfrage. Ueber Geldmad ist aber bekanntlich nicht zu streiten. Das sagen auch die Deutschnationalen, als sie sich geschloßen hinter Everling stellten. Dem freilich kamen Bedenken und er gab wenigstens seinen Auftrag an den entfronten Verzog zurück. In der Presse der Rechten aber liest man davon nur herzlich wenig.

Und da wir gerade bei der Fürstenabfindung sind, das Thema ist so schön. Wir vergeffen einen Augenblick lang unsere eigenen Sorgen und fühlen mit Mecklenburg-Strelitz mit. Der letzte Großherzog schied freiwillig aus dem Leben. Der Thron stand schon leer, als die übrigen in deutschen Landen noch besetzt waren, denn der ihn von

Gottes Gnaden einnehmen sollte, war gerade anderweitig beschäftigt. Er kämpfte als russischer General gegen seine künftigen Untertanen und ließ sie niedertrifften, soweit es in seiner Macht stand. Dafür erhielt er auch eine Abfindungssumme. Selbstverständlich, daß sich die Schweltern des Toten regten und ihre Mitgift nachträglich angewertet wissen wollten. Vorhischalber verlangten sie ihr Geld auf die Bank in England deponiert. Man kann nie wissen, auch kann man nicht sagen, ob die Kronprinzessin von Montenegro das vielleicht weniger aus Mißtrauen gegen Deutschland, als wegen der lieben Verwandten in Belgrad wünschte. Aber das Erbeiternte kommt noch. Zwei Ministressen außer Dienst forderben eine Jagresstrie. Ihre Verdienste um Mecklenburg-Strelitz stehen fest, denn sie haben den Großherzog damals gehindert, sich mit Regierungsgeschäften zu plagen, was für die Wölter immer ein Segen ist. Ein Berliner Gericht gab ihnen Recht. Hoffentlich schreiben wir weiter auf dieser Bahn vorwärts, denn dann wäre vielleicht auch die Frage der unehelichen Kinder einmal von Staatswegen zu lösen.

Niel geschieht in der Welt. Wir sehen die Polen befreit, einen Neutralitätsertrag mit Rußland zu schließen. Neutralität ist ein entzündendes Wort, bei dem sich endlich viel denken läßt. Auch von den lauffahrtigen Beziehungen Englands und Amerikas erfahren wir gelegentlich. Es geht tatsächlich um den Kaufschiff, und Herr Hoover, der Handelsminister der U. S. A. sprach kräftige Worte gegen die Monopolstellung des Rußlandvolkes. Unsere Teilnahme aber wendet sich den Franzosen zu, die aus den Finanz- und Ministerien nicht mehr herauskommen. Wir haben volles Verständnis dafür. Wer selbst ein Bein verliert, weiß die Lahmen jumeist ist. So hat das neue Jahr hoffnungsfreudig seinen Einzug gehalten. Wir grüßen dankbar den Anfang. Er bereitet uns wenigstens auf das Weitere vor. Richard Man.

Der politische Gegenfüßler.

Von unserem ständigen außenpolitischen Mitarbeiter, Prof. Dr. Bergsträßer, M. d. R.

In der auswärts Politik Sowjet-Rußlands lassen sich zwei Polen deutlich erkennen; in der Zeit kurz nach dem Revolutionserfolg erwartete man allgemein, daß die Weltrevolution vor der Tür stehe und rüftete sich ganz auf sie ein. Die Länder, in denen man sich hierfür Erfolg versprach, waren im Grunde wichtiger als das eigene Reich. Erst, als es der Sozialdemokratie in Deutschland gelungen war, das Weiertreiben der deutschen Revolution zu verhindern, warf man auch in Rußland das Steuer herum. Man erkannte nun auch vom Standpunkte der kommunistischen Ideologie aus als die wichtigste Aufgabe, zunächst einmal die Herrschaft im eigenen Lande zu sichern und zu festigen und lernte dabei, sich mit den realen Tatsachen auseinanderzusetzen und abzufinden. Ganz von selbst kamen dabei die Sowjetpolitiker dazu, die russische Außenpolitik auf die Notwendigkeiten des russischen Reiches einzustellen und selbstverständlich, zwangsläufig geradezu mindeten sie dabei in die Hände ein, die die juristische Regierung gehalten hatte. Die Grundbedingungen, die geographischen Gegebenheiten waren ja nicht verändert. Der russisch-englische Gegensatz bestand nach wie vor, und er ließ sich überdies in die kommunistische Wirtschaftsauffassung gut einordnen. England als der typische Träger des kapitalistischen Systems war der natürliche Feind kommunistischer Neubaus. Noch mehr. Nachdem die Sowjetpolitiker vortrefflich verstanden hatten, die internationale Frage des russischen Reiches dadurch zu lösen, daß sie den einzelnen Nationalitäten Autonomie gaben, konnten sie den Gedanken der Freiheit der Völker außenpolitisch ausnützen und gerade im Kampf gegen England verwenden. So kamen sie in enge Beziehung zu Afghanistan. So suchten sie die indische Selbständigkeitsbewegung zu unterstützen, und so wurden sie die Freunde der Türkei. Denn gerade diesem Lande gegenüber haben sich die Verhältnisse seit der Vorkriegszeit wesentlich geändert. Zudem die Türkei sich auf kleinsten konzentrierte, verlor der Gegensatz gegenüber Rußland, der doch wesentlich durch den Streit um die Meeressenge der Dardanellen bedingt war,

Streiflichter aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Beamten- und Volksfreundlichkeit der Rechtsparteier in ihrem wahren Licht. — Noch einmal der Fall Mann.

Das neue Jahr fängt gut an. So muß man leider sagen, wenn man den Verlauf der ersten Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahre betrachtet. Bei Beginn der Sitzung hatte der Königliche Stadtvorsteher B a e r seinen Redauern darüber Ausdrück gegeben, daß infolge der durch die schwere Wirtschaftskrise hervorgerufenen allgemeinen Notlage leider vieles unerwünscht blieb, was im Interesse einer großzügigen Kommunalpolitik als dringend wünschenswert angesehen werden muß. Manches andere blieb unerledigt, weil der Reid der Parteien untereinander Hemmungen schuf, durch die verschiedene als selbstverständlich, geltende Forderungen unerfüllt bleiben mußten. Es mag vielleicht nicht immer Reid sein, der so viele Mitglieder der städtischen Körperschaften verhindert, die Notwendigkeiten der Stunde zu erkennen, sondern die ungenügende Kommunalpolitische Schulung, der engen Horizont, der durch die Parteibefähigung getrübt wird, ferner Charaktereigenschaften oder Fehler, die die Streitigkeiten für das außerordentlich wichtige Amt eines Mitgliedes der städtischen Körperschaften einer Gemeinde, die so außerordentlich wichtige Zukunftsaufgaben zu lösen hat, als wenig geeignet erweisen lassen.

Ein Schulbeispiel dafür lieferte die Stellungnahme der Fraktionen der Rechtsparteier und der Wöllischen zu dem Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde bei der Besetzung ihrer Beamten und Angestellten.

Der Regierungspräsident hatte verfügt, daß die Stadt die Besetzung von einzelnen Gruppen jenseit einzelner Beamter, die infolge besonders qualifizierter Dienstleistungen in eine höhere Gehaltsstufe eingestuft worden waren, wieder rückgängig machen und daß die betreffenden Beamten angehalten werden sollten, die angestrichen worden Besoldungen wieder zu rückzahlen. Unter den höhergestellten Beamten befanden sich Angehörige aller Gruppen. Im wesentlichen übereinstimmend zahl waren es aber Mitglieder der Gruppen I bis III, die am nächsten bezahlten Beamten in deren Einkommen kaum das Existenzminimum erreicht. Die demokratische Fraktion hatte eine Anfrage eingebracht,

was der Magistrat zu tun gedenkt, um die Rechte der Beamten wirksam zu schützen und lästige Eingriffe der Regierung in das Selbstverwaltungsrecht abzuwehren.

Stadtvorsteher S a u l e r begründete die Anfrage in sehr wirkungsvoller Weise, indem er darauf hinwies, daß der Selbstverwaltungskörper einer Gemeinde mit dem Verwaltungsapparat der Regierung verflochten werden könne. Den städtischen Beamten sind zum Teil mit Verantwortungsvollere und auch wichtigere Dienstleistungen übertragen, als den Reichs- und Staatsbeamten mit gleicher Ausbildung, jedoch ist eine bessere Besoldung schon aus diesem Grunde notwendig, weil sonst die Gefahr entsteht, daß gerade die tüchtigsten Beamten der Stadt durch die Induzie weggeschafft würden. Eine Härte obgleichens bedeutet aber das Verlangen der Regierung, daß die am und für sich nach ausreichend besoldeten Beamten und Angestellten die nach der Ansicht der Aufsichtsbehörden zu viel erhaltenen Beträge in dieser wirtschaftlich so schwierigen Zeit wieder zurückzahlen sollen.

Auch Stadtvorsteher K o h l e r nahm sich der von der Verfügung des Regierungspräsidenten betroffenen Beamten und Arbeiter in warmer Weise an. Er beantragte, den Magistrat zu veranlassen, bei den bestehenden Körperschaften die

halbige Aufhebung des Besoldungsergesetzes in die Wege zu leiten, auf das die Regierung ihre Maßregel stützt. Er behauptete, daß der Magistrat nicht schon früher dem Besoldungsausgleich von der Verfügung des Regierungspräsidenten in Kenntnis gesetzt habe, damit dieser die Bemühungen des Magistrats zur Rückgängigmachung der Maßregel des Regierungspräsidenten durch eine Nebenaktion unterstützen konnte.

Der Regierungspräsident hatte weiter und die Aufhebung der bei der Feuerwehr verdrachten Dienstjahre verlangt. Die städtischen Körperschaften hatten die erhöhte Anrechnung der bei der Feuerwehr verdrachten Dienstjahre bei der Pensionierung beschlossen, weil der Dienst bei der Feuerwehr weit gefährlicher für Leben und Gesundheit der Feuerwehreamten ist als der Dienst in irgend einem anderen Zweige der städtischen Verwaltung.

Auch gegen diese Maßregel des Regierungspräsidenten wandten sich die Sprecher der demokratischen Fraktion mit aller Entschiedenheit, weil sie erkennen ließ, daß die Aufsichtsbehörde lediglich von dem Wunsch des Gesetzes sich leiten läßt, ohne im geringsten auf das Befindere des einzelnen Falles einzugehen.

Die Ansprache über die demokratische Anfrage nahm einen recht eigenartigen Verlauf. Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, in dem sie zwar aus ihrer Missbilligung über die Verfügung des Regierungspräsidenten Ausdruck gaben, im übrigen aber nur forderten, daß nur die Höherstellungen der Amtsgeschäfte, die von Gruppe 2 nach Gruppe 3 verschoben worden waren, genehmigt werden sollte. Das Unrecht, das den übrigen Beamten durch die Maßregel der Regierung geschieht, ließ sie also kalt. Ebensowenig wie die Kommunisten stellten sich aber die Wöllischen und die Rechtsparteier, die bei den Wahlen doch stets von Wohlwollen für die Beamten überflogen, sich als Schlichter der Be-

amtenrede aufmerken, veranlaßt, für die geschädigten Beamten der Stadt in irgend einer Form einzutreten. Stadtvorsteher S a u l e r, der selbst Beamter ist, wenn auch in Staatsdiensten, der fastlich bekannte Herr M a n n, ebenfalls ein Beamter, im Hauptberuf allerdings Antiklerik und daher unfähig für die Vertretung von Beamteninteressen, und der Stadtvorsteher G e n t e r erklärten in bürren Worten, nur für die kommunalistische Antrag einzutreten zu können. Die städtischen Beamten werden sich diese Haltung der Rechtsparteier merken müssen. Hier ist ihnen eine recht hehre Lehre darüber zuteil geworden, wo sie ihre Freunde zu suchen haben.

Überbürgermeister S e i m s hatte die Stadtverordnetenversammlung gebeten, doch einen recht eindringlichen Protest gegen die Benennung der Stadt durch die Regierung einzulegen, weil die dauernde Einmischung der Aufsichtsbehörden in die Verwaltungsgeschäfte der Stadt zu einer Gefahr für die fernere Entwicklung der Gemeinde geworden ist.

Was gilt den Wöllischen und den Rechtsparteier die Würde und das Wohlgehen der Stadt? Keine Silbe der Missbilligung über der Kritik gegen den unberechtigten Eingriff der Regierung in die Selbstverwaltungsrechte der Stadt kam über ihre Lippen.

Dieses Verhalten der Rechtsparteier und Wöllischen fordert eine Erklärung heraus, die von den beiden Gruppen gegeben werden muß. In Beamtentreuen erzählt man sich,

daß die Aktion der Regierung in der Besoldungsfrage der städtischen Beamten von Mitgliedern der Fraktion der Rechtsparteier veranlaßt worden sei.

Wir träubten uns, diesem Gerücht irgendwelchen Glauben beizumessen, weil es für absurd hielten, daß Staatsbeamte gegen Gemeinheitsangehörige in dieser Weise intrigieren und zugleich der von ihnen vertretenen Stadt in den Rücken fallen könnten. Das Verhalten der Rechtsparteier in der Stadtverordnetenversammlung hat unsern Glauben an ihre Ehrlichkeit erschüttert. Wir dürfen annehmen, daß die Rechtsparteier Befriedigung nehmen werden, zu den gegen sie erhobenen Anschuldigungen Stellung zu nehmen und ihr Verhalten rechtfertigen werden.

Die demokratischen und kommunalistischen Anträge wurden zur weiteren Bearbeitung dem Besoldungsausgleich übergeben.

Ein weiteres Beispiel für die Art, wie sich Rechtsparteier und Wöllische als Vertreter der Bürgerschaft betätigten, lieferte ihre Stellungnahme zu dem

Antrag der demokratischen Fraktion zur Aufhebung der Fiskalen.

Die Demokraten hatten folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt es als eine Pflicht des Magistrats bei den zukünftigen Inkunnen vorzuzugeln zu werden, damit die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren Fiskusführern durch Reichsrecht und auf der Grundlage des Aufwertungsgesetzes geregelt wird.

Nach Willkür der Fiskusführer sind die Forderungen, die die ehemaligen Fiskusführer aus dem völlig verarmten Deutschtum herauspropheten wollen, um im Auslande mit diesen Geldern ein Wohlleben führen zu können. Die Rechtsparteier haben im Reichstage das Zurückkommen eines Gesetzes verhindert, das die Frage der Fiskusführung durch ein Reichsgesetz regeln sollte. Dafür haben sie gefordert, daß die Fiskusführer von Kriegsanleihe, die ihre Spargehälter aus dem Altar des Vaterlandes opfernten, mit einigen Teilspekulationen abgefunden wurden. Auch in der Stadtverordnetenversammlung vereinten sich die Rechtsparteier und Wöllische zu gemeinsamem Kampf gegen das Volk für die Fiskusführer und lehnten den demokratischen Antrag ab.

Der Fall M a n n hat mit dem Entschiede des Regierungspräsidenten, der die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Stadtrat Wittmaack mit der Begründung abschloß, daß keinerlei Verdrachtgründe vorliegen, die ein solches Verfahren rechtfertigen könnten und das Verhalten des Stadtrats M a n n nur die eine Annahme zulasse, daß seine Besoldigungen völlig aus der Luft gegriffen seien, einen vorläufigen Abschluß gefunden. Mann hatte zwar gedroht, gegen Stadtrat Wittmaack und einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung eine Beleidigungssklage anzukündigen wegen der ziemlich kräftigen Charakterisierung seiner vorverfallenen Handlungsweise, aber er dabei den Mut aufbringen wird, darf mit einiger Berechnung gewisselt werden. Mann würde dann nämlich gezwungen sein, den Wahheitsbeweis für seine Besoldigungen zu erbringen, und zwar hat er einen Seitenbündel. Dann würde sich nämlich klipp und klar seine verkehrte Ansicht herausstellen.

Das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung legt sich nach der zu Beginn der Sitzung vorgenommenen Auswahl wie folgt zusammen: Vorsitzender: Stadtvorsteher B a e r (Soz.), erster Stellv. Stadtvorsteher B a e r (Fraktion der Rechtsparteier), zweiter Stellv. Stadtvorsteher G e n t e r (Sozialist der demokratischen Fraktion), Schriftführer Stadtv. Emil Müller (Soz.).

Am 8. Januar verstarb unser Mitglied, Herr Kaufmann Ernst M e y e r. Wir beklagen aufrichtig den Verlust dieses treuen Freundes und werden ihm ein dauerndes Gedenken widmen.

Am 8. Januar verstarb unser Mitglied, Herr Kaufmann Ernst M e y e r. Wir beklagen aufrichtig den Verlust dieses treuen Freundes und werden ihm ein dauerndes Gedenken widmen.

Am 8. Januar verstarb unser Mitglied, Herr Kaufmann Ernst M e y e r. Wir beklagen aufrichtig den Verlust dieses treuen Freundes und werden ihm ein dauerndes Gedenken widmen.

erhaltenen Schadens Mittel zur Wiederangabe ihrer Rechte durch behördliche langfristige Darlehen zu niedrigem Zinssatz zur Verfügung zu stellen.

4. Zur Befriedigung besg. Milderung etwa später wieder eintretender Sofwmesserkatastrophen die von den Versicherungsgesellschaften an verschiedenen Stellen an Reibhaft genutzten Wohnungen schenktig wieder aufzufüllen.

Weiter wurde beantragt, dem Landtage alsbald eine Vorlage über die Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel zu unterbreiten.

Magdeburg. Einen schmerzlichen Verlust hat Herr Oberpostmeister Stadtrat H u d e erlitten. Sein Sohn G e r d

erlittenen Schadens Mittel zur Wiederangabe ihrer Rechte durch behördliche langfristige Darlehen zu niedrigem Zinssatz zur Verfügung zu stellen.

4. Zur Befriedigung besg. Milderung etwa später wieder eintretender Sofwmesserkatastrophen die von den Versicherungsgesellschaften an verschiedenen Stellen an Reibhaft genutzten Wohnungen schenktig wieder aufzufüllen.

Weiter wurde beantragt, dem Landtage alsbald eine Vorlage über die Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel zu unterbreiten.

Magdeburg. Einen schmerzlichen Verlust hat Herr Oberpostmeister Stadtrat H u d e erlitten. Sein Sohn G e r d

ungsaustausch mit anderen Orten und 20 (22) Verträge über sonstige Änderungen im Mietverhältnis (Untermietverträge, Genehmigungen zum Bezug von gewerblichen Räumen), 25 (30) möblierte Zimmer mit Küchenbenutzung, 60 (80) ohne Küchenbenutzung und 6 (14) Schlafstellen werden vermittelt. Von 73 (55) eingeleiteten Zwangsverordnungen wurden 24 (24) durchgeführt, 14 (14) Wohnungseröffnungen fanden statt. 2 (1) Wohnungen wurden ausgebaut mit einer Gesamtfläche von 111,62 (68) Quadratmetern; mithin pro Wohnung 56 (68) Quadratmeter. 2028 (2193) Wohnungsbefähigungen waren erforderlich.

Eine getraufelte Leuchte! Die Regierung gegen den Stadtverordneten Mann.

Der völkische Stadtverordnete Mann hat in den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung vom 29. Okt. und 12. Nov. vorigen Jahres in Bezug auf die Verträge, welche von der Stadt aus Anlaß der Gründung der Redaktions-Gesellschaft abgeschlossen wurden. Julius Krimling abgelehnt worden sind, den Vorwurf der Korruption erhoben, insbesondere gegen Stadtrat Wittmaack. Diefel hat daraufhin gegen sich selbst die Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung beantragt. Obermeister S e i m s hat diesen Antrag mit einem entsprechenden Begleit Schreiben an den Regierungspräsidenten weitergeleitet. Der Regierungspräsident hat nunmehr unter dem 30. Dezember 1925 eine abschließende Entscheidung getroffen, welche wir nachstehend im Wortlaut folgen lassen:

Dem Antrage des Stadtrats Wittmaack auf Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen ihn selbst ist nicht in der Wege stattzugeben.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann ein Disziplinarverfahren nur eröffnet werden, wenn gegen einen Beamten ein begründeter Verdacht vorliegt, daß er entweder die Pflichten verlegt habe, die ihm sein Amt auferlegt, oder sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt habe. Aus den Vorgängen, die sich in den Stadtverordneten-Sitzungen vom 29. Okt. und 12. November 1925 abgespielt haben, sowie aus den nachfolgenden Verhandlungen im Reichsaussschuß vom 24. November 1925 ist aber ein Verdachtsgrund in keiner Weise zu entnehmen. Der Stadtverordnete Mann ist für seine Behauptung: „Der Abschluß des Vertrages mit der jüdischen Gesellschaft ist eine Korruption“ nicht nur jeden Beweis, sondern überhaupt jede Begründung und jede sachliche Erklärung schuldig geblieben. Sein ganzes Verhalten zwingt zu der Annahme, daß seine Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist.

Auch sonst habe ich in den mir vorgetragenen Vorgängen keinerlei Anhalt für eine disziplinar zu ahnende Handlungsweise des Stadtrates Wittmaack gefunden. Es fehlt hiernach jeder Anlaß zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens.

Wird nach diesem verniedrigen Urteil der Regierung gegen den Stadtverordneten Mann, dieser getraufelte völkische Fraktion, sein Mandat niederlegen und verschwinden? Anzunehmen ist das nicht, denn Herr Mann lebt in dem Wahn, der Retter Magdeburgs zu sein.

Parteinachrichten

Bezirk Magdeburg.

Deutsche Demokratische Partei Magdeburg.

D. D. P. (Gesellschaftlicher Ausschuß) Sitzung Montag, den 25. Januar, 6 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammteil), Dienstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr: Hofmeister, Weißer Bar, Weinstraßstraße 6. Mitglieder und Freunde herzlich willkommen.

Vorwärts in neuen Jahre! Eine politische Organisation muß erstens bemüht sein, die Zahl derer, die geschlossen hinter ihr stehen, zu vergrößern. Je stärker der feste Anhang, desto größer die Macht. Viele Tausende wählen demokratisch und lassen sich auf passenden Gelegenheiten als aufrechte Demokraten bezeichnen. Obwohl sie sich geistig zu uns rechnen, stehen sie der Organisation fern. An diesen Kreis wenden wir uns heute mit der Bitte: „Schließt Euch der Deutschen Demokratischen Partei an! Säumt nicht, handelt! Ohne Politik geht es im Leben nicht. Die Partei kann ihre Macht viel wichtiger einsehen, wenn Ihr, die Ihr heute noch organisationslos seid, Euch entschließt, nunmehr praktisch mitzuarbeiten. Auf Eure praktische Mitarbeit wartet die Partei. Also kommt — kommt sofort!“

Hilfe für die Wasserfischen! Am Reichstag ist folgender Antrag Dr. Hummel (Demokrat) und Genossen eingebracht: Die Reichsregierung zu eruchen, für die Wiederherstellung der durch das Hochwasser in der Provinz Sachsen verursachten Schäden genügende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Auch die demokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht. Der Antrag lautet: Die Hofmessenkatalastrophen in verschiedenen Teilen Deutschlands erfordern besondere staatliche Hilfsmöglichkeiten. Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu eruchen in Verbindung mit der Reichsregierung Maßnahmen zur Wiederumgabung der verursachten Schäden zu treffen und ausreichende Mittel hierfür bereitzustellen. Insbesondere sind:

1. Arbeiten auszuführen, die zur Wiederherstellung der Wohnungen, der Straßen, der Weiler und Wälder, der Flussläufe und ihrer Einrichtungen notwendig sind.
2. Den Lohn- und Gehaltsempfängern, die wegen des Hofmessenkrisis arbeitslos geworden sind, entsprechende Unterstützung für den Verlust an Arbeitslohn zu gewähren, soweit die Erwerbslosenunterstützung nicht in Frage kommt.
3. Den geschädigten selbständigen Handwerkern, Geschäftleuten, Landwirten und Besitzern nach dem Umfang des

und Tanz sind in unserer Geschäftsstelle, Breiteweg 138 bis 140, erhältlich. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Bohner wird über seine Vorwegeneire sprechen.

Beranastaltungen.

Demokratische Jugend Magdeburg.

Montag, den 18. Januar 1926 Mädelabend, Tanzprobe. Freitag, den 22. Januar 1926 Gesellschaftsspielabend, Spiele mitbringen.

Sonabend, den 23. Januar 1926, Bunter Abend der D. S. B. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung, Tanzdarbietungen der Mädelgruppe.

Montag, den 25. Januar 1926, Mädelabend, Tanzprobe für die Tagung in Berlin, abends 8 Uhr im Frantcs-Jugendheim, Zimmer Nr. 8 (Zahn-Luruplatz).

Bezirk Halle.

Die Deutsche Demokratische Partei in Halle hat an den Oberbürgermeister Dr. Luppe, Kürnberg, telegraphisch nachstehende Sympathie-Rundgebung gerichtet:

Der Gesamtvorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Halle entbietet dem Vorkämpfer der Reichseinheit und Republik aus Anlaß seines Projektes dankbare Grüße und Wünsche.

Vergiß nicht
neue Leser zu gewinnen!

Bitterfeld. (Protestkundgebung gegen die Fürstenaufbindung.) Das hiesige Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am 6. Januar im Saal des „Bürgergarten“ hier eine große Protestkundgebung gegen die Fürstenaufbindung, die einen guten Besuch aufwies. Die Versammlung faßte einstimmig eine Entschliessung, in der u. a. unter Hinweis auf die Entretzung der Kriegssammlerführer und der Rentner und Spätere ein Reichsgeleß zur endgiltigen Regelung der Fürstenaufpreise verlangt wird. F. K.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Müns, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

Peiz
Damen- u. Herren-Mäntel
Damen-Jacken . . . 75.
Fohlen Stck. 90.
H'sport-Peize . . . 90.
D'Skunks-Kragen . . . schw. 60.
am. Opossum-Kragen 30.
Zahlungs-Erleichterungen.

Sternau
Alter Markt 32. 1/2 Freitreppe
Ankauf von **Ullis-, Fuchs-**
etc. Fellen.

deine Schuhe dir erst
Belobl-Anker
Eing. Schuher.
Spezialfabrik der Dreielange.
Preis:
Herrenschuhe 2.00 Damenohge 0.90
Damenohlen 1.75 Damenohge 0.75
Spezialabteilung für Maßschneiderei
u. alle Schuhreparaturen für Herren- u.
Geschäftsschuhe, Damenohnen
Schnelle Behebung!

Wilhelm Kobelt
Telefon 7282 Körplatz Telefon 7282
**H. Fleisch- und
Wurstfabrik**

9 Pfund
la Eiderfettkäse
ca. 20% M. 6.75 frk.
Dampfkäsefabrik
Reudoburg.
Inserieren
bringt
Erfolg!

Tanz-
und Gesellschafts-Anzüge
in solider
und eleganter Ausführung
Vorzügliches Passen
der gelieferten Sachen und
ungewöhnliche
Preiswürdigkeit sind mein
bestes Werbemittel
Mannheimer
Breiter Weg 120, 1.

**Gesellschaftshaus
„Freundschaft“**
Prälatenstraße 32.
Fernruf 1122
Jeden Sonntag
Gesellschaftsball
Ertzt. Musik Anfang 4 Uhr

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.
Meyer Michaelis
Gepr. 1901 Magdeburg Gepr. 1864
Dr. Marktstr. 16 - Fernpr. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für Sohle-, Oberleder u. sämtliche
Schuhmacher-Bebarartikel

Sprachschule der „1000 Worte“
BRUCKS
Kaufm. u. landw.
Buchführung, Handels-
buchführung, Rechnen, Ste-
uerlehre, Debiten- u. Kredi-
torenrechnung, Buchführung, Ma-
schinen-Schreib. u. Spanisch.
Engl., Französisch u. Spanisch.
Kaufm. Privatlehre von
Alfred Bruck, Magdeburg,
Kölner Str. 1, Fernpr. 1242.
Jedes Unterrichts. kann
einzelbelegt werden
Maschinen- u. Schönschreibkurse täglich
Esperanto-
Kurse

Homöopathische Biochemische
Krankenbehandlung
Maassen, Magdeburg.
Prälatenstr. 1411, Ecke Himmelreichstr.
Sprechst. 9-4 Uhr; Sonntags 9-11 Uhr
Donnerstags keine. Harnuntersuchung
Wohin gehe ich?
Salzquelle: Konzert - Tanzkränzchen.
Freundschaft: Gesellschaftsball.
Weißer Bär: Bekannt gute Küche.

Konsum = Verein für Magdeburg
und Umgegend
Eingetrr. Genossenschaft mit beschr. Haftung
Nur 3 Tage in unserer Ver-
teilungs-Stelle **Breiter Weg 5 6**
Januar 15 Freitag
Januar 16 Sonnabend
Januar 18 Montag
Inventur-Verkauf
Trotz unserer dauernd billigen Preise für gute Qualitätsware gewähren wir unseren
Mitgliedern an diesen Tagen auf Winterware einen **Sonder-Rabatt** von
10 % in bar
welcher an der Kasse abgerechnet wird
Herren- und Burschen-Älster
und Salotots
Herren-Winterjoppen
Jagdwesten, Unterjacken
Futter- und Normal-Wäsche
Herren-Älster und Salototstoffe
Damen- und Badfisch-Mäntel
Velour- und halbvollene
Haushälterstoffe
Unterrock-Barchent, Schlafdecken
Normal- u. Futter-Unterleidung
Damen-Mantelstoffe
Sämtliche Winterschuhwaren

Photographie!
Großer Preisabbau in Photographien,
Postkartenaufnahmen und Paßbildern.
Die Preise sind so niedrig gestellt, daß
selbst der weniger Bemittelte sich ein
bestens ausgeführtes Bild leisten kann.
Hugo Paulsen, Alte Ulrichstr. 16

D. D. P. Halle
Januar
27
Mittwoch
Jahres-Hauptversammlung
im „Nicolaus-Saal“
Vortrag von **Dr. Kühnlein**
„Die Abfindung der Fürsten.“
Hierauf: Geschäftliches.

Hotel und Restaurant
„Weisser Bär“
Bekannt gute Küche.
Pilsener Urquell
Münchener Spatenbräu
Ad. Thieragel.

Der politische
zustand
Wahrheit
Die
In Halle
von König
deutsche
erschick
die Ver
gegründ
wenn wir
Kriegsge
der Reich
Anliegen
gegen die
Einmünd
Wir haben
generell
und Salze
unserer
Hallen, was
sind sehr
erheblich
füllen. Kö
Das Sprich
und von den
Über mit
Jungenged
protest habe
blühlich ge
schleierge
und tragend
der Reichs
erschließen
samen groß
Botschaft
sich die De
staltung aus
de doch die
Eind über
Küsterlein
Heim Hof
sich nach
wechseln für
nicht als ein
in die Gese
die Hilfe zu
Hilffestger
künde hat
gegriffen.
die profan
nicht länger
mal hinaus
Über mi
nicht wäre
Zukunft men
soll 300 s
nicht mehr
kette man
h. hätte u
verstehehelt
ob er in je
die Lamen
Empfang un
aus operier
Lad nur h
den Demof
die vötere
das deutsc
ruer Arbeit
gelangen m
stammterme
ten Dr. Küh
Abendeit
singt die ex
Ein bel
schers mit
sollten gar
löten im

